

# Die Union und das Gespenst der Steuererhöhung

Wird das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung der Erbschaftsteuer verlangen? In der CDU hoffen einige darauf. Andere Unionspolitiker mahnen, die Debatte zu beenden.

Daniel Delhaes, Jan Hildebrand Berlin

**D**er parteiinterne Streit über mögliche Steuererhöhungen verfolgt die CDU: Nachdem sich Kanzler Friedrich Merz bei der Generaldebatte im Bundestag am Mittwoch nicht deutlich gegen Steuererhöhungen positioniert hatte, geht nun der Wirtschaftsrat der CDU in die Offensive – und mahnt, insbesondere die Gedankenspiele zur Erbschaftsteuer einzustellen.

In einem zweiseitigen Strategiepapier warnt der Verband davor, die Politik dürfe „keinesfalls auch noch mit einer verschärften Erbschaftsteuer die Abrissbirne gegen unsere Familienunternehmen schwenken“. Die Steuersätze seien schon heute im internationalen Vergleich hoch.

Das gelte für Unternehmer, die der Einkommensteuer unterliegen ebenso wie für Kapitalgesellschaften, heißt es in dem Papier. Es liegt dem Handelsblatt vor. Die Wirtschaft sei bereits heute massiv belastet, die Industrie seit 2018 angesichts der „rekordhohen Energiekosten“ um 15 Prozent eingebrochen. „Noch intakt“ sei hingegen die „Erfolgsgeschichte der Familienunternehmen“. Das könnte sich durch Steuererhöhungen aber schnell ändern, lautet die Botschaft. Auch Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) wies Forderungen nach einer höheren Erbschaftsteuer zurück. „Meine grundsätzliche Überzeugung bleibt, dass jede Erhöhung von Steuern dem Standort eher schadet als nutzt“, sagte Reiche der „Bild am Sonntag“.

Die Debatte gärt seit Langem in der CDU. Zuletzt hatte Unionsfraktionschef Jens Spahn (CDU) darauf verwiesen, dass es nicht gerecht zugehe im Land. „Wer schon hatte, hat immer mehr“, erklärte Spahn in einer Talkshow. „Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne grö-

ßeres eigenes Zutun von allein fast gewachsen ist. Immobilienwerte, Aktienwerte und anderes mehr.“ Spahn fügte hinzu: „Sie ist ein Problem, die Vermögensverteilung.“ Unterstützung erhält Spahn vom Sozialflügel der Partei. „Gerechtigkeitsdebatten dürfen nicht beim Bürgergeld auf-

hören“, sagte der Vorsitzende der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Dennis Radtke, dem Handelsblatt. „Es ist niemandem zu erklären, dass ich für ein Elternhaus am Ammersee mittlerweile Erbschaftsteuer zahle, aber über die Verschonungsbedarfsprüfung ein Milliardenvermögen bekommen kann, ohne einen Euro Steuern zu zahlen.“

Die Sozialdemokraten greifen die Vorlage gerne auf. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil sagte im Handelsblatt-Interview: „Ich habe registriert, dass die Union über die Erbschaftsteuer diskutiert. Da sehe ich ein großes Möglichkeitsfenster.“

Spahn hatte bereits vor der Bundestagswahl in der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der CDU dafür geworben, nach dem politischen Nachkriegsziel „Wohlstand für alle“ müsse nun das Motto „Eigentum für alle“ Leitschnur sein. Konkret diskutierten er und CDU-Finanzpolitiker, die Erbschaftsteuer in eine Flat Tax umzuwandeln: Die Privilegien für Erben großer Unternehmensvermögen sollen wegfallen, dafür soll für alle ein niedriger Steuersatz eingeführt werden.

Die Programmkommission wollte dem zunächst folgen. Daraufhin hatte es aber massive Proteste aus dem Lager der Familienunternehmer gegeben, sodass die Partei das Vorhaben nicht mehr weiter verfolgte.

Doch nun ist die Debatte wieder da – auch wegen eines bevorstehenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Karlsruhe wird voraussichtlich noch in diesem Jahr entscheiden, ob die

Ausnahmen für Firmenerben verfassungsgemäß sind. Auch in der Union erwarten Finanzexperten, dass das Gericht eine Reform anmahnen wird.

Denn die heutigen Regeln führen tatsächlich dazu, dass mitunter große Erbschaften mit zweistelligen Millionenwerten niedriger besteuert werden als kleine. Die Bundesregierung hatte nämlich bei der letzten Reform vor zehn Jahren, die ebenfalls von Karlsruhe an-

gemahnt wurde, Privilegien für Firmenerben eingeführt. Unter bestimmten Bedingungen werden sie von der Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit. Die Politik wollte verhindern, dass Unternehmen verkauft oder Investitionen gestrichen werden müssen, um die Erbschaftsteuer zu zahlen.

Auch liberale Ökonomen halten aber eine Flat Tax für zielführend: Sie sei weniger kompliziert und könne weniger missbraucht werden.

Das Konzept sieht vor, dass auf alle Erbschaften und Schenkungen ein niedriger Einheitssteuersatz von acht oder neun Prozent fällig wird. Damit Firmenerben nicht gezwungen werden, ihr Unternehmen zu verkaufen, könnte es lange Zahlungsfristen von beispielsweise zehn Jahren geben.

Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, lehnt

diese Überlegungen dennoch ab. „Auch eine Flat Tax wäre der falsche Weg“, sagte er. In der Folge würde eine konkrete Prozentzahl für die Erbschaftsteuer im Raum stehen. „Wie beim gesetzlichen Mindestlohn würden sich linke Parteien im Wahlkampf einen Überbietungswettbewerb um die konkrete Höhe liefern“, warnte Steiger.

Und auch Unionsfraktionsvize Sepp Müller (CDU) betont, dass Familienunternehmen entlastet werden müssten, damit sie in das Land investieren. Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer stehe überhaupt nicht an.

Der Wirtschaftsrat warnt in seinem Papier

davor, dass etliche Familienunternehmer das Land verlassen würden, wenn es zu einer höheren Besteuerung käme. „Eine Erhöhung der Erbschaftsteuersätze macht Deutschland somit in jeder Hinsicht ärmer“, heißt es in dem Papier. Auch andere Wirtschaftsverbände sehen die Diskussion kritisch. Sie verweisen darauf, dass die Stimmung bei den Unternehmen ohnehin schon schlecht sei.

Die Erbschaftsteuer ist nicht die einzige Maßnahme, über die die Koalition noch streitet. So haben sich Union und SPD vorgenommen, kleine und mittlere Einkommen im Laufe der Wahlperiode zu entlasten. In dem Rahmen zeigen sich einige Unionspolitiker offen, auch den Steuertarif zu strecken und eventuell im Gegenzug den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Dies hatte die Union bereits für ihr Wahlprogramm diskutiert. Darüber hinaus gibt es Stimmen, etwa Investitionen in Forschung und Entwicklung für Privatpersonen steuerlich zu privilegieren. „Wenn wir so ein Forschungsprivileg im Steuerrecht verankern und Zuwendungen an Wissenschaft und Forschung steuerlich begünstigen, dann könnte dies helfen, dem Mäzenatentum in Deutschland zu neuem Schwung zu verhelfen“, sagte der bayerische Wissenschaftsminister Markus Blume (CSU).

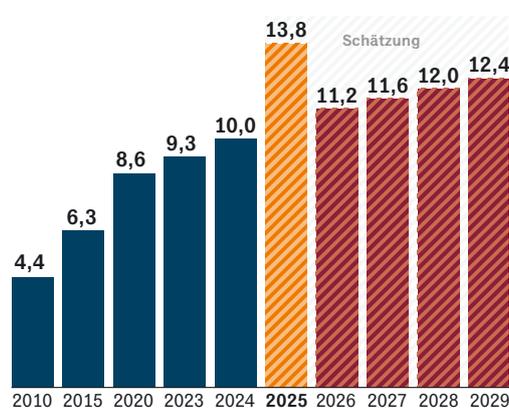
„Wir müssen mittel- und langfristig mehr Geld ins System holen.“ Dazu sei es nötig, „neue Wege“ zu gehen. Staaten wie die USA und China würden viel mehr Geld in Zukunftstechnologien wie KI oder Quantencomputing investieren. Dort würden Private stärker ins Risiko gehen.

Die Politik darf keinesfalls auch noch mit einer verschärften Erbschaftsteuer die Abrissbirne gegen unsere Familienunternehmen schwenken.

Strategiepapier des Wirtschaftsrats der CDU

## Erbschaftsteuer

Einnahmen aus der Erbschaftsteuer in Deutschland in Mrd. Euro



Quellen: Bundesfinanzministerium, Arbeitskreis Steuerschätzung  
HANDELSBLATT

picture alliance / SZ Photo



**Katherina Reiche:** Überzeugt, „dass Erhöhung eher schadet“.



Michael Kappeler/dpa

**Friedrich Merz:** In der partei-internen Debatte um Steuererhöhungen kann er noch beschwichtigen.